

ESSAY | REFORMEN

Die europäische Krankheit

Der Handel mit Asien mehrt Europas Wohlstand. Dennoch wird die „asiatische Herausforderung“ per Saldo als Bedrohung für Arbeitsplätze und Unternehmen auf dem alten Kontinent angesehen. Gastautor Klas Eklund zeigt, warum diese Sichtweise falsch ist. Europas Krankheit sind die starren **Arbeitsmärkte**.

In jedem Jahr ermittelt die EU-Kommission in einer Umfrage, dem sogenannten Eurobarometer, die Ängste und Hoffnungen der EU-Bürger. Im vergangenen Jahr zeigte das Barometer an, dass die „gelbe Gefahr“ die Bevölkerung besonders beschäftigte. „Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit niedrigeren Arbeitskosten“ stand ganz oben auf der Liste der Dinge, vor denen sich die Europäer fürchten. Drei von vier Europäern (73 Prozent) gaben an, dass sie fürchten, so vermutlich an Asien ihren Job zu verlieren.

Dass viele Leute in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit fürchten, ihren Job zu verlieren, ist nichts Ungewöhnliches. Aber haben sie recht mit der Vermutung, dass die Niedriglohnländer schuld daran sind?

Die meisten Ökonomen sind anderer Meinung. Erstens sinken durch den Aufstieg Chinas und Indiens die Preise vieler Importwaren, was steigende Realeinkommen für die Europäer bedeutet. Die höhere Kaufkraft führt dazu, dass mehr Güter und Dienstleistungen gekauft werden. Und das dürfte eher neue Arbeitsplätze in Europa schaffen.

Andererseits werden natürlich auch Jobs verlagert, wenn die Produktion in Asien viel billiger ist als in Europa. Zweitens jedoch ist die Zahl der Arbeitsplätze, die tatsächlich in Niedriglohnländern verlagert werden, recht klein. Die Statistiken der EU-Kommission zeigen, dass nur etwa sieben Prozent der Arbeitsplatzverluste in den vergangenen Jahren in Europa dem Wettbewerb mit Niedriglohnländern zugeordnet werden können. Und das ist vermutlich noch eine Übertreibung, da viele dieser Jobs wahrscheinlich ohnehin dem technischen Fortschritt zum Opfer gefallen wären.

Drittens: Wenn Unternehmen Arbeitsplätze aus Europa nach Asien verlagern, dann tun sie das aus gutem Grund, nämlich um Kosten zu senken und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen: Täten sie das nicht, würden sie riskieren, auf die Verliererstraße zu geraten und vielleicht noch mehr Leute entlassen zu müssen.

Viertens: Durch Jobverlagerungen wird normalerweise die Produktivität erhöht. Das bedeutet, dass entweder die Gewinne der Unternehmenseigner steigen, die Löhne der Arbeitnehmer oder – in

der Regel – beides. Dies führt für gewöhnlich zu einem Anstieg der Nachfrage nach Investitionsgütern oder einem höheren privaten Konsum, wodurch an anderer Stelle in der Volkswirtschaft neue Arbeitsplätze entstehen.

Der Handel mit Asien erhöht Europas Realeinkommen

Ökonomen ziehen aus diesen Zusammenhängen den Schluss, dass Handel und Verlagerung von Arbeitsplätzen der Volkswirtschaft als Ganzes zu einem höheren Einkommen verhelfen – auch wenn der Prozess für einen Teil der Unternehmen, Regionen und Beschäftigten, die sich nur langsam anpassen können, schmerzhaft ist. Es gibt jedoch keinen Grund zu der Annahme, dass das Endergebnis dieses Prozesses eine geringere Zahl von Arbeitsplätzen ist.

Diese optimistische Folgerung beruht allerdings auf einer entscheidenden Voraussetzung: Der Arbeitsmarkt in unseren Ländern muss flexibel genug sein, die neuen Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn das höhere Einkommen aus Handel- und Produktivitätssteigerung jedoch nicht in neue Jobs umgewandelt werden kann, dann haben wir ein Beschäftigungsproblem.

Unglücklicherweise ist Europa genau mit diesem Problem konfrontiert: ein starrer Arbeitsmarkt, der verhindert, dass höhere Einkommen in zusätzliche Nachfrage nach Arbeit verwandelt wird, und der Menschen vom Arbeitsmarkt ausschließt. Das Ergebnis ist hohe Arbeitslosigkeit und geringe Beschäftigung.

„Da ist was faul im Staate Dänemark“, sagte Hamlet. Heute jedoch hat Dänemark einen ziemlich flexiblen Arbeitsmarkt dank Reformen, die es den Unternehmen des Landes leicht machen, einzustellen und zu entlassen. Die Arbeitsmärkte in den großen europäischen Ländern hingegen funktionieren schlecht. Seit langer Zeit verharren



Klas Eklund
Chef-Ökonom
der SEB
Stockholm

Klas Eklund ist Mitglied der Group of Economic Policy Analysis, einem Team von hochrangigen europäischen Volkswirten unter Vorsitz des EU-Kommissionspräsidenten. Vor seinem Engagement bei der SEB war Eklund Staatssekretär im schwedischen Finanzministerium. Die Skandinaviska Enskilda Banken (SEB) ist ein Bank- und Finanzdienstleistungskonzern mit Hauptsitz in Stockholm. Die SEB betreut über fünf Millionen Kunden, davon eine Million in Deutschland.

die Arbeitslosenraten in Deutschland, Frankreich und Italien auf doppelt so hohem Niveau wie in den angelsächsischen Ländern.

Schlimmer noch ist der höhere Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit. Auf dem Tiefpunkt der letzten konjunkturellen Abschwungphase (2002/2003) waren fast 60 Prozent der Arbeitslosen in Italien länger als ein Jahr arbeitslos. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen lag in Deutschland bei 50 Prozent und in Frankreich bei über 40 Prozent. In den USA waren es dagegen unter 15 Prozent. Der Anteil derjenigen, die nur sehr kurz – unter einem Monat – arbeitslos waren, betrug in den USA 30 Prozent, in den drei großen europäischen Ländern nur rund fünf Prozent.

Die Tabelle (siehe unten) zeigt Arbeitslosenraten des Jahres 2004. Wenn man die Daten der ersten Zeile mit denen der zweiten multipliziert, kommt man zu dem verblüffenden Schluss, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen am gesamten Arbeitskräftemarkt in Frankreich sechsmal höher ist als in den USA.

Europas Unfähigkeit, flexibel zu reagieren

Junge Leute und Immigranten haben es häufig schwer, die Schwellen zum europäischen Arbeitsmarkt zu überschreiten. Kein Wunder, dass in den Banlieus – den Einwanderer-Vororten der französischen Großstädte – mit erschreckender Regelmäßigkeit Straßenkrawalle und brennende Autos zu beobachten sind. Und trotzdem ist dies das Modell des Sozialstaats, von dem so viele europäische Politiker – unter anderem der französische Präsident Jacques Chirac – sagen, dass sie es gegen den hässlichen angelsächsischen Marktkapitalismus verteidigen wollen.

Ich finde derartige Aussagen zynisch. Die Vereinigten Staaten sind vielleicht kein ideales Vorbild für die meisten Europäer, aber es ist

offensichtlich, dass ihr Arbeitsmarkt bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze erfolgreicher ist als die meisten europäischen Märkte.

Warum ist das so? Eine Begründung liefert unter anderem die dritte Zeile der Tabelle. Hier habe ich den Rang aus der Kategorie „How easy to hire and fire“ der drei betrachteten Länder aus der jährlichen Untersuchung „Doing Business“ der Weltbank aufgeführt. Hier sehen wir, dass es in den USA und in Großbritannien sehr viel leichter ist, Arbeitnehmer einzustellen und zu entlassen. In Frankreich machen Kündigungs- und Arbeitsschutzgesetze das Einstellen und Entlassen viel beschwerlicher. Das Resultat ist ein starrer Arbeitsmarkt, in dem Unternehmen sehr viel vorsichtiger bei der Einstellung von Arbeitnehmern sind und in dem Arbeitslosigkeit zu einem Langzeitproblem mit erheblichen sozialen Konsequenzen wird.

Das ist die wahre europäische Herausforderung: nicht der Aufstieg Asiens, sondern unsere eigene Unfähigkeit, dem mit einem Arbeitsmarkt zu begegnen, der es Unternehmen ermöglicht, ausreichend neue Arbeitsplätze zu schaffen, um die Stellenverluste aus Verlagerungen und Umstrukturierungen zu kompensieren.

Die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit in Europa liegt deshalb nicht darin, uns vor den Asiaten zu schützen. Im Gegenteil: Wir sollten die Gelegenheit begrüßen, unsere Realeinkommen durch Importe aus den Schwellenländern steigern zu können. Die wahre Aufgabe liegt darin, unsere Arbeitsmärkte zu reformieren. Dadurch machen wir es für Unternehmen billiger und einfacher, neue Leute einzustellen.

Einige Länder, unter anderem Deutschland, haben bereits diesen Weg eingeschlagen – wenn auch widerwillig. Andere zögern noch. In Frankreich ist schon ein schwacher Versuch in den Ansätzen stecken geblieben, den Arbeitsmarkt für junge Leute ein wenig zu öffnen.

Asien ist unschuldig an den Problemen des europäischen Arbeitsmarkts. Wir sollten uns nicht von populistischen Politikern blenden lassen, die versuchen, die Asiaten zu Sündenböcken zu machen, um die Ineffizienz ihrer eigenen Politik zu verbergen.

Arbeitslosenraten und starrer Arbeitsmarkt

| | USA | Großbritannien | Frankreich |
|--------------------------------------|-------|----------------|------------|
| Arbeitslosenrate | 5,1 % | 4,7 % | 9,8 % |
| Anteil Langzeitarbeitslose | 13 % | 21 % | 41 % |
| Rang: „Easy to hire and fire“ | 6 | 15 | 142 |

Quellen: SEB/Eklund; „How easy to hire and fire“, aus Weltbank: „Doing business“

Die Globalisierung erzwingt Umstrukturierungen und Flexibilität. Starre Regeln auf dem Arbeitsmarkt behindern notwendige Anpassungsprozesse. In Frankreich sind Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern besonders stark reglementiert. Wer dort lebt, hat ein sechsmal höheres Risiko, langzeitarbeitslos zu werden, als jemand, der in den USA wohnt.